

25 Jahre nach dem Mauerfall: Weiterhin strukturelle Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt zwischen Ost und West

Hans-Ulrich Brautzsch, Gerhard Heimpold, Walter Hyll, Maike Irrek, Cornelia Lang*

Aus Anlass des Jahrestages hat das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) die Broschüre „25 Jahre nach dem Mauerfall: Wirtschaftliche Integration Ostdeutschlands im Spiegel der Forschung am IWH“ herausgegeben. Ein Überblickstext und 25 Abbildungen zeichnen wichtige ökonomische Entwicklungen seit der deutschen Vereinigung bis heute nach. Der folgende Beitrag gibt Auszüge aus der Broschüre wieder. Im Mittelpunkt stehen die Themen Migration, Demographie und Arbeitsmarkt. Der vollständige Text der Broschüre ist als gedrucktes Heft über das IWH oder als Onlineversion unter http://www.iwh-halle.de/d/publik/sonstint/2014_iwh_25_jahre_nach_dem_mauerfall.pdf erhältlich.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold (Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de)

Schlagerwörter: Demographie, Migration, Arbeitsmarkt, Erwerbspersonenpotenzial, Konvergenz, Ostdeutschland

Der Fall der Mauer im Herbst 1989 weckte hohe Erwartungen an die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands. Viele Menschen sahen allerdings zunächst im Westen bessere berufliche Perspektiven als im Osten. Zwar kam es nicht, wie von manchen befürchtet, zur Massenabwanderung von Millionen binnen weniger Monate. Gleichwohl verließen in den Jahren 1990 bis 2013 per saldo 1,9 Millionen Menschen den Osten Deutschlands (einschließlich Berlin; vgl. Abbildung 1). In den Jahren nach der Jahrtausendwende ging die Abwanderung in den Westen – netto – zurück, und zuletzt gab es sogar einen kleinen Binnenwanderungsgewinn für den Osten; leicht negativ ist allerdings weiterhin die Nettomigration von Ostdeutschland ohne Berlin nach Westdeutschland. Die Abnahme des negativen Binnenwanderungssaldos kann auch auf die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland zurückgeführt werden.

Bevölkerungsrückgang ist gestoppt

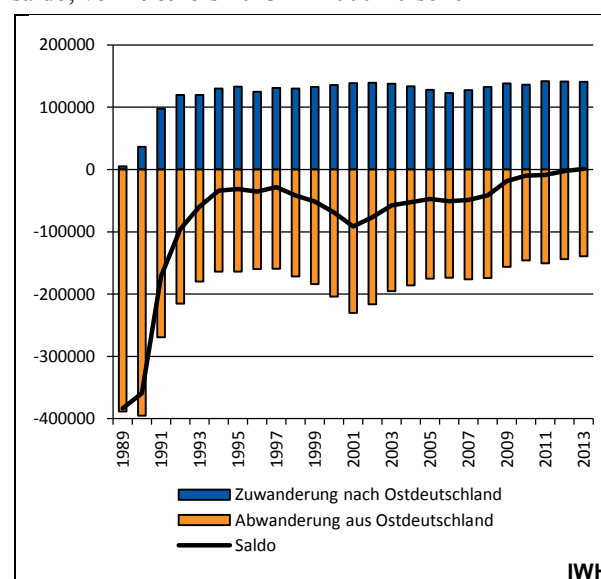
Die Bevölkerung in Ostdeutschland ging nach 1989 über einen langen Zeitraum zurück. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre deuten allerdings darauf hin, dass dieser Trend vorübergehend gestoppt

ist: Im Jahr 2012 ist die Bevölkerung in Ostdeutschland nicht mehr geschrumpft. In Westdeutschland nimmt die Bevölkerung gegenwärtig deutlich zu (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 1:

Ost-West-Wanderung: Fortzüge gingen zurück, Zuzüge sind leicht gestiegen

- Fortzüge aus Ostdeutschland^a, Zuzüge von Westdeutschland nach Ostdeutschland^a, Netto-Wanderungssaldo, von 1989 bis 2013 in 1 000 Personen -



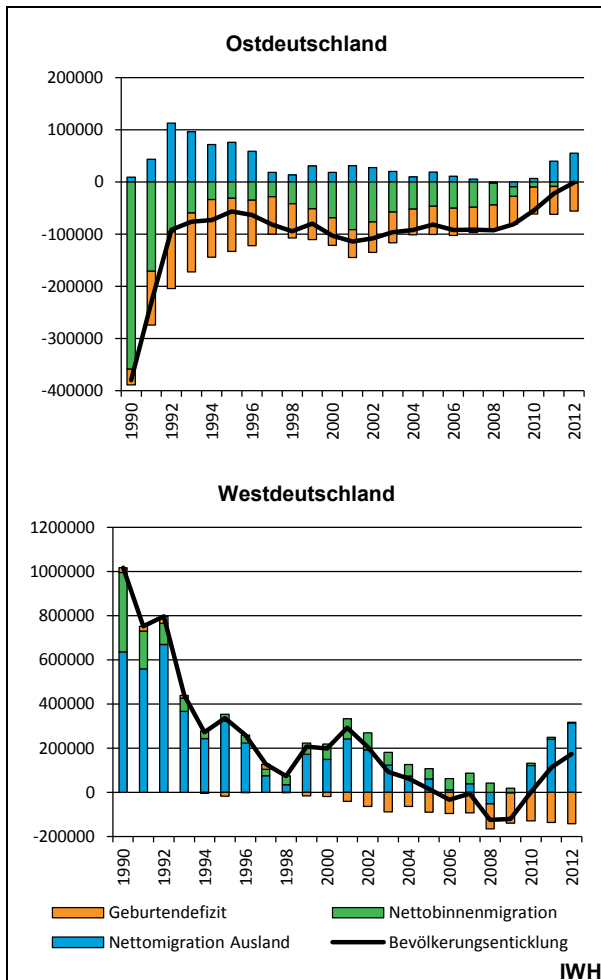
^a Ostdeutschland einschließlich Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014; Berechnungen und Darstellung des IWH.

* Gabriele Hardt (IWH) und Lisa Maria Koch (Universität Wien) leisteten Zuarbeiten und die graphische Aufbereitung der Daten.

Abbildung 2:
Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland: Größere
Bedeutung des Geburtendefizits gegenüber den
Abwanderungen

- Bevölkerungsentwicklung in Ost-^a und Westdeutsch-
land von 1990 bis 2012 und ihre Komponenten -



^a Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, verschiedene
Jahrgänge der Bevölkerungsstatistiken und Statistik
der Geburten.

Die demographische Entwicklung wird grund-
sätzlich durch die Wanderung und durch die natür-
liche Bevölkerungsentwicklung bestimmt. Die Wan-
derung umfasst die Netto-Wanderungsbewegungen
mit dem Ausland und innerhalb Deutschlands, wäh-
rend die natürliche Bevölkerungsentwicklung der
Differenz aus der Zahl der Lebendgeborenen und
der Gestorbenen (Geburtenüberschuss oder -defizit)
entspricht.

Diese Komponenten tragen für den westlichen
und den östlichen Teil des Landes in sehr unter-
schiedlichem Ausmaß zur Bevölkerungsentwicklung
bei. Der Bevölkerungsanstieg der vergangenen Jahre

in Westdeutschland ist vor allem einer verstärkten
Zuwanderung aus dem Ausland zuzuschreiben. Für
die ostdeutsche Bevölkerungsveränderung ist sowohl
die Entwicklung der Binnenwanderung als auch
jene der Außenwanderung von großer Bedeutung.

Die Nettoabwanderung nach Westdeutschland
nahm nach 1990 von einem sehr hohen Niveau aus
rasch deutlich ab und war im Jahr 2012 fast ver-
schwunden. Im Jahr 2012 konnte das Geburten-
defizit beinahe vollständig durch Zuwanderung aus
dem Ausland ausgeglichen werden.

Allmähliche Stabilisierung am Arbeitsmarkt

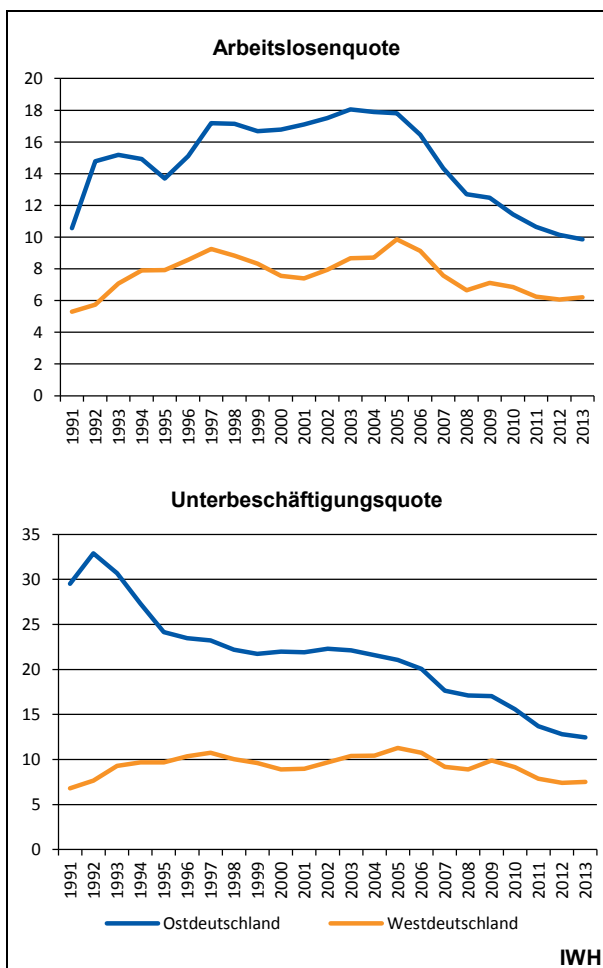
Die Modernisierung des Produktionskapitals er-
möglichte, dass die Wirtschaftsleistung je Einwohner
und die Produktivität, die in Ostdeutschland zunächst
nur bei reichlich zwei Fünfteln der westdeutschen
lagen, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre rasch
anstiegen. Die höhere Produktivität ging allerdings
auch mit der Freisetzung von Beschäftigten einher.
Im Gefolge nahm in den 1990er Jahren die Arbeits-
losigkeit in Ostdeutschland rasant zu und erreichte
Mitte der 2000er Jahre Werte von über 20%. Da-
nach verbesserte sich die Beschäftigungslage (vgl.
Abbildung 3).

Seit etwa zehn Jahren geht die Arbeitslosenquote
in Ost- und Westdeutschland deutlich zurück. Im
Jahr 2013 betrug sie in Ostdeutschland 9,9%, in
Westdeutschland 6,2%. Die ostdeutsche Quote ist
damit noch immer deutlich höher als die westdeut-
sche, der Abstand hat sich jedoch spürbar verrin-
gert. Vor allem zwei Faktoren stehen hinter der Ent-
wicklung in Ostdeutschland: Zum einen stieg die
Arbeitsnachfrage deutlich. Die Zahl der Erwerbs-
tätigen nahm in Ostdeutschland zwischen 2005 und
2013 um etwa 189 000 Personen bzw. 3,4% (West-
deutschland: +8,0%) zu. Zum anderen ging das Er-
werbspersonenpotenzial im gleichen Zeitraum in-
folge der demographischen Entwicklung um etwa
410 000 Personen bzw. 5,6% zurück (Westdeutsch-
land: +4,2%).

Allerdings ist zu beachten, dass die Zahl der
Arbeitslosen durch arbeitsmarktpolitische Maßnah-
men beeinflusst wird. Dies wird durch das Konzept
der Unterbeschäftigung berücksichtigt. In die Unter-
beschäftigung geht neben der Zahl der registrierten
Arbeitslosen auch die Zahl der durch arbeitsmarkt-
politische Maßnahmen geförderten Personen ein.
Die Unterbeschäftigungsquote betrug in Ostdeutsch-

land im Jahr 1992 32,9%, im Jahr 2013 lag sie bei 12,5% (Westdeutschland: 7,5%). Der Abstand bei den Unterbeschäftigungsquoten ist um 1,3 Prozentpunkte größer als bei den Arbeitslosenquoten.

Abbildung 3:
Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten in Ostdeutschland: Deutlicher Rückgang – aber immer noch höher als in Westdeutschland
- Arbeitslosenquote^a und Unterbeschäftigungsquote^b in Ostdeutschland^c und Westdeutschland von 1991 bis 2013, in % -



^a Arbeitslose (Abgrenzung des IWH) bezogen auf die Erwerbspersonen (Inländer). – ^b Unterbeschäftigte bezogen auf das Erwerbspersonenpotenzial (Abgrenzung des IWH). – ^c Ostdeutschland ohne Berlin.

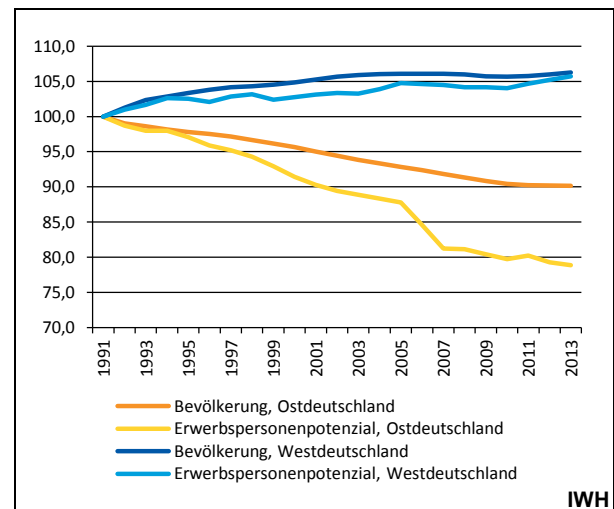
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Berechnungsstand: Mai 2014; Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des IWH.

Perspektiven Ostdeutschlands werden vom rückläufigen Erwerbspersonenpotenzial beeinträchtigt

War in den frühen 1990er Jahren das verschlissene Sachkapital das offensichtlichste Manko in Ost-

deutschland, könnten künftig die Arbeitskräfte den Flaschenhals bilden. Eine entscheidende Ursache hierfür besteht im sehr starken Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland um rund 2,3 Millionen Personen seit dem Jahr 1991 (-21%), während es in Westdeutschland um 2,5 Millionen Personen bzw. 6% gestiegen ist (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4:
Deutlicher Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland
- Entwicklung der Bevölkerung und des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland^a und Westdeutschland von 1991 bis 2013, 1991 = 100 -



^a Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Berechnungsstand: März 2014; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitreihen bis 2013, Juli 2014; IAB-Kurzbericht 18/2014; Berechnungen und Darstellung des IWH.

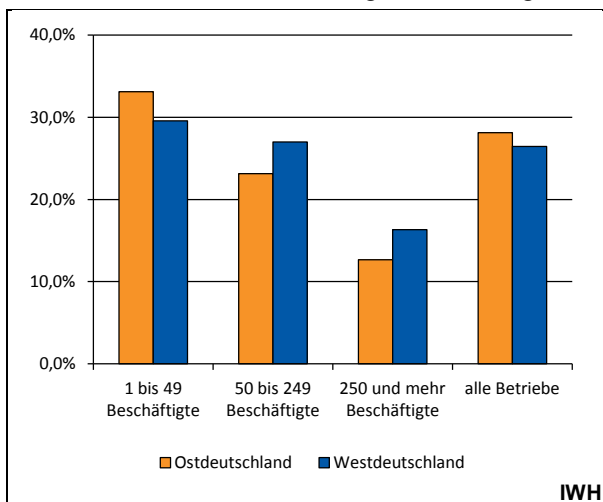
Zum Erwerbspersonenpotenzial zählen die Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die in einem Arbeitsverhältnis stehen beziehungsweise eine Arbeitsstelle suchen.

Die Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland ist im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückzuführen. Erstens ging die Bevölkerung um 9,9% zurück (vgl. oben). Zweitens ist infolge der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung der Anteil der Erwerbsfähigen deutlich gesunken. Der Anteil der 15- bis 64-Jährigen betrug im Jahr 1991 noch 67,4%. Im Jahr 2012 waren es nur noch 65,6%. Und drittens ist die Erwerbsbeteiligungquote im Jahr 2013 deutlich niedriger als im Jahr 1991. Diese Quote, die den Anteil des

Erwerbspersonenpotenzials an den Erwerbsfähigen und damit eine wichtige Kennziffer zur Messung des Arbeitsangebots darstellt, lag im Jahr 2013 bei 79,0%. Im Jahr 1991 waren es noch 88,1%.

Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials stellt die Betriebe vor die Herausforderung, geeignetes Personal zu finden. Im Jahr 2013 konnten in ostdeutschen Betrieben 28% und in westdeutschen 26% der offerierten Stellen, die eine Berufsausbildung, Berufserfahrung oder einen Hochschulabschluss erfordern, nicht besetzt werden (vgl. Abbildung 5). Für ostdeutsche Unternehmen scheint es also trotz der deutlich höheren Arbeitslosigkeit sogar etwas schwieriger zu sein, geeignete Mitarbeiter zu finden, als für westdeutsche Firmen. In den Kleinbetrieben mit weniger als 50 Beschäftigten, die für die ostdeutsche Unternehmensstruktur prägend sind, warten die meisten unbesetzten Stellen auf geeignete Bewerber. Bei mittleren und größeren Betrieben ist der ungedeckte Bedarf in den Alten Bundesländern höher als in den Neuen.

Abbildung 5:
Stellen für qualifizierte Tätigkeiten vor allem in ostdeutschen Kleinbetrieben nicht besetzt
- Anteil der Stellen, die Betriebe im ersten Halbjahr 2013 nicht besetzen konnten, an der Gesamtzahl der ausgeschriebenen Stellen nach Betriebsgrößen und Region -

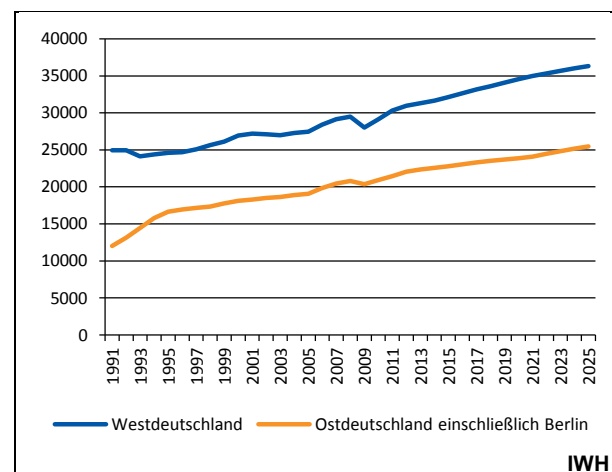


Quelle: IAB-Betriebspanel, Welle 2013, auf Grundgesamtheit hochgerechnet; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Hinter dem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials stehen insbesondere die Rückgänge der Geburtenzahlen, die Abwanderungen und die Alterung der Bevölkerung in Ostdeutschland. Die Folgen könnten tiefgreifend sein, wie eine IWH-

Wachstumsprojektion aus dem Jahr 2012 zeigt.¹ Der demographische Wandel, der in Ostdeutschland mit größerer Wucht als im Westen wirkt, dürfte dazu führen, dass sich das Verhältnis zwischen Arbeitsvolumen und Bevölkerung in Ostdeutschland ungünstiger als in Westdeutschland entwickelt. Die weitere Angleichung der Arbeitsproduktivität zwischen Ost- und Westdeutschland, die in der Projektion enthalten ist, reicht nicht aus, um die negativen Effekte des demographischen Wandels auszugleichen (vgl. Abbildung 6), sodass eine weitere Konvergenz der Produktion je Einwohner kaum zu erwarten ist.

Abbildung 6:
Schere beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zwischen Ost- und Westdeutschland könnte sich wegen der demographischen Entwicklung wieder öffnen
- IWH-Wachstumsprojektion des BIP je Einwohner in Ost- und Westdeutschland -



Quelle: Holtemöller, O.; Irrek, M.: Wachstumsprojektion 2025 für die deutschen Länder: Produktion je Einwohner divergiert, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 18 (4), (2012), 132-140.

¹ Holtemöller, O.; Irrek, M.: Wachstumsprojektion 2025 für die deutschen Länder: Produktion je Einwohner divergiert, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 18 (4), 2012, 132-140.